Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/3330

12. 12. 95

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Christina Schenk und der Gruppe der PDS

Keine Beteiligung der Deutschen Welle an Aktionen anläßlich des Welt-Aids-Tages

Unter Schirmherrschaft des Bundespräsidenten, Prof. Dr. Roman Herzog, fand am 1. Dezember, dem Welt-Aids-Tag, eine bundesweite Spendenaktion der Nationalen Aids-Stiftung, der Deutschen Aids-Stiftung „Positiv leben" und der Deutschen Aids-Hilfe e. V. (DAH) statt.

Dabei wurden rote Schleifen (Red Ribbons) in vielen deutschen Städten an die Bevölkerung verteilt. Diese roten Schleifen sind ein international bekanntes Zeichen der Solidarität mit Menschen, die mit dem HI-Virus infiziert oder an Aids erkrankt sind. Die DAH hatte begleitend zu dieser Aktion Moderatorinnen und Moderatoren aller Fernsehanstalten aufgerufen, die Aktion durch Tragen einer roten Schleife zu unterstützen.

Bei der durch das Bundesministerium des Innern finanzierten Deutschen Welle untersagte der verantwortliche Direktor, Wolfgang Krüger, den Moderatorinnen und Moderatoren das Tragen der roten Schleife. Einer der Moderatoren von „Boulevard Deutschland" weigerte sich daraufhin, die Sendung zu moderieren. Ihm drohen jetzt arbeitsrechtliche Konsequenzen.

Dem Bild der Bundesrepublik Deutschland im Ausland, das maßgeblich durch Radio- und Fernsehprogramme der Deutschen Welle geprägt wird, wäre durch das Tragen von roten Schleifen sicher kein Schaden entstanden. Eher im Gegenteil.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Hat die Bundesregierung auf den hier beschriebenen Fall reagiert, bzw. wird sie das tun?

   Wenn nein, warum nicht?

   Wenn ja, in welcher Form?

2. Hat die Bundesregierung eine Begründung vom Fernsehdirektor für seine Entscheidung verlangt?

   Wenn ja, wie lautet diese?

Wenn nein, warum nicht?

3. Welche Konsequenzen wird die Bundesregierung ziehen, um die Wiederholung eines solchen Vorfalls zu vermeiden?

   Wenn keine, warum nicht?

4. Hat die Bundesregierung Kenntnis von arbeitsrechtlichen Konsequenzen für den Moderator?

   Wenn ja, von welchen, und wie wurden diese begründet?

5. Wird die Bundesregierung bei eventuellen arbeitsrechtlichen Konsequenzen diesen widersprechen?

   Wenn nein, warum nicht?

Bonn, den 12. Dezember 1995

Christina Schenk
Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333